

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XXIII/67

Bonn, den 8. April 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

Uns aufgegeben

50

Wir müssen mit der Spaltung leben
Zum Volksentscheid in der DDR

2

KPD und Demokratie

47

Eine angebrachte Warnung

Von Heinrich 3. Fitzel

3 - 4

Wilhelm Keil

98

Nestor der Deutschen Sozialdemokratie
Sein letztes bewegendes Bekenntnis

5 - 6

Der moderne indische Nationalismus

94

Verlust des Glaubens an eine asiatische Solidarität

Von Aniradha Gupta

*

*

*

Uns aufgegeben

Wir müssen mit der Spaltung leben Zum Volksentscheid in der DDR

sp - Eine kleine, von manchen vorausgesagte Überraschung hat es doch bei dem Volksentscheid über die der Bevölkerung Mitteldeutschlands im Eilzugtempo auferlegte Verfassung gegeben. Nicht 99,8 Prozent aller wahlberechtigten Bürger haben ihre Ja-Stimme abgegeben, sondern "nur" 94,54 Prozent. Das SED-Regime wird das Nein der 400 000 Gewiß als demokratische Legitimation für die Rechtmäßigkeit des Volksentscheids für sich beanspruchen. Lassen wir Herrn Ulbricht diese Freude und diese von ihm gewollte Selbstbestätigung; sie wird ihm von niemandem abgenommen, der die Praktiken der SED kennt. Der Volksentscheid über eine Verfassung, die den Bewohnern Mitteldeutschlands wesentliche Grundrechte verweigert, verkörpert die deutsche Spaltung und soll den Herrschaftsanspruch der SED verewigen.

Vom Standort der Bundesrepublik aus gesehen hat sich durch diesen Volksentscheid in anderen Teil Deutschlands nichts geändert. Die Bürger Mitteldeutschlands waren seit Kriegsende einer Gewalt unterworfen, deren sie sich kaum erwehren konnten. Die tatsächliche Lage der Bürger verbessern auch nicht die neuen und schönen Worte der Verfassung. Sie bleiben Floskeln. Die dem Volksentscheid vorausgegangene Volksausssprache mußte sich in den von der SED recht eng gesetzten Grenzen halten. Konnte etwa das in der neuen Verfassung nicht enthaltene Recht auf Freizügigkeit oder das aus der alten Verfassung nicht mehr übernommene Streikrecht diskutiert werden? In der DDR gibt es auch dem Buchstaben nach kein Recht auf Demonstration; die Bürger dürfen nur demonstrieren, wenn es der SED-Staat befiehlt.

Die SED will die Wiedervereinigung nur zulassen, wenn sie "auf sozialistischer Grundlage" erfolge, d.h. die Bundesrepublik soll sich der in Mitteldeutschland bestehenden Herrschaftsstruktur unterwerfen; die Wiedervereinigung ist also mit einer Diktat verbunden. Wer aber dem anderen Teil Deutschlands, der Bundesrepublik also, seinen Willen aufzwingen will, kann in Wirklichkeit nicht den Frieden wollen, er gefährdet ihn, auch wenn er den Frieden feierlich als Ziel proklamiert.

Vor dem Ziel der Wiedervereinigung beider Teile Deutschlands liegt eine lange und mit neuen Schwierigkeiten gepflasterte Wegstrecke. Zwar mußte sich auch ein Ulbricht zur Einheit der deutschen Nation bekennen, doch die Substanz der neuen Verfassung enthüllt dieses Bekenntnis als ein rein verbales Bekenntnis. Unserem Volk bleibt die schreckliche und qualvolle Prüfung auferlegt, im Zustand einer verhärteten Spaltung weiterleben zu müssen und dennoch nicht in den Bemühungen zu erlahmen, den Frieden mit sich selbst zu finden. An der Intensität des Willens auf der ständigen Suche nach dem inneren Frieden wird uns die Welt messen und bewerten. Hier liegt der deutsche Beitrag für eine gesicherte europäische Friedensordnung.

KPD und Demokratie

Eine angebrachte Warnung

Von Heinrich G. Ritzel

Von 1949 bis 1965 war der Verfasser dieses Artikels ein recht aktives Mitglied des Deutschen Bundestages. Heinrich G. Ritzel begeht am 10. April dieses Jahres in ungebrochener geistiger Frische seinen 75. Geburtstag, zu dem wir ihm herzlich gratulieren. Ritzel zählt zu den wenigen Überlebenden, die im Deutschen Reichstag als Sozialdemokraten im März 1933 gegen das Ermächtigungsgesetz stimmten und dabei ihr Leben riskierten. Die Verderber des deutschen Volkes zwangen ihn zur Emigration in die Schweiz, aus der er nach Kriegsende nach Deutschland zurückkehrte. Die Reden und Anfragen des nun 75-jährigen im Bundestag füllen tausende von Seiten. Noch heute nimmt er regen Anteil am politischen Leben.

Die Redaktion

Demokratie ist Leben in Freiheit und Fortschritt. Ein denkender Mensch bejaht die Demokratie und verachtet nationalistische Phrasen. Hitlers NSDAP hat Deutschland dem Elend ausgeliefert. Die Demokratie hat die Bundesrepublik geschaffen und erhalten. Der sich ankündigende neue Nationalismus ist nicht demokratisch. Er wandert in den Spuren einer blutigen Vergangenheit, die zu menschenmordendem Krieg, zu schwersten Zerstörungen kultureller und wirtschaftlicher Werte, zur Vernichtung des Deutschen Reiches, zur Vergewaltigung und Unterdrückung anderer Völker, zu verbrecherischen Methoden des Einzel- und Massenmordes und zu Hunger, Elend und tiefem Leid führte.

Dann vollzog unser Volk eine Wendung vom willenlosen geführten Untertanen zum denkenden, den demokratischen Staat gestaltenden Staatsbürger. Was wir gemeinsam geschaffen haben, sollen wir gemeinsam erhalten. Wir ringen um Deutschlands Einheit, um seine gleichberechtigte Stellung in der Welt. Niemals wird das deutsche Volk seine Einheit wiedererlangen, niemals den Frieden sichern können, wenn es den unreifen, widerspruchsvollen und sachlich unmöglichen Auffassungen der KPD folgt.

Aus Trümmern entstand neues Leben. Der Fleiß unseres Volkes schuf einen neuen Staat. Dieser Staat ist nicht vollendet. 17 Millionen Deutsche leiden unter einer ihnen aufoktroierten Herrschaft, die auf Fremdherrschaft beruht. Eine Änderung dieses Zustandes ist nur durch Verständigung möglich. Weder europäische Integration noch Partnerschaft können im Zeichen und unter der Wirkung eines neuen deutschen Nationalismus gedeihen. Niemals können sie eine ausreichende Stütze finden in einer neuen nationalistischen Partei. Nur eine echte, glaubwürdige Demokratie, die mit friedlichen Mitteln für eine deutsche Gleichberechtigung kämpft, wird auf die Dauer auch Weltgeltung erreichen.

Jede Stimmabgabe für die KPD wird aufs neue eine Unglaubwürdigkeit Deutschlands zum Ergebnis haben. Darum ist es notwendig, ein sauberes und klares Bekenntnis zur Demokratie, zum Frieden in einem geeinten Europa, in einer geeinten Welt abzulegen. Deutschland wird niemals durch den Ausbruch eines neuen Nationalismus zu der ersehnten Einheit in Freiheit kommen und niemals das Mißtrauen in der Welt überwinden, wenn es nicht die neue nationalistische Strömung überwindet, die in der KPD verkörpert wird.

Wilhelm Keil †

Nestor der Deutschen Sozialdemokratie
Sein letztes bewegendes Bekenntnis

- * Am letzten Freitag starb Wilhelm Keil, Nestor der Deutschen Sozialdemokratie, im geseigneten Alter von 98 Jahren. Die Deutsche Sozialdemokratie hat ihm unendlich viel zu verdanken. Noch am 23. Juli 1965 hielt er an seinem 95. Geburtstag eine bei einer Feierstunde an seine Freunde gerichtete Rede, die auf Tonband aufgenommen war, weil er selbst an der Feierstunde nicht teilnehmen konnte. Alle, die diese Rede hören konnten, hat sie ergriffen und bewegt. Was Wilhelm Keil gesagt hat, ist geschichtlich bedeutsam.
- * Die Rede bedarf keines Kommentars.

Die Redaktion

Ein Kreis enger Freunde hat Sie ohne mein Zutun hierher geladen zu einer Feierstunde aus Anlaß meines 95. Geburtstages, der morgen mit kalendermäßiger Pünktlichkeit fällig ist. Zu meinem schmerzlichen Bedauern kann ich nicht unter Ihnen weilen. Meine Ohren und meine Beine verwehren es mir, dort zu sein, wo es einen ausgedienten Politiker oft hinzuziehen will, zur Versammlung, wo über die Dinge von Staat und Volk geredet wird. Die Augen und der Kopf sind mir noch leidlich dienstbar; der hinkende alte Mann kann noch in abgekürzten 3-Stunden-Tag die briefliche Verbindung mit alten Freunden pflegen. Die verbleibende Freizeit dient dann dazu, im Sessel am Fenster den Verlauf der Weltpolitik sorgfältig zu kontrollieren, ohne ihn beeinflussen zu wollen. Geht die Weltgeschichte verkehrte Wege, so fühle ich mich unschuldig. Manchmal stürmt der kleine Urenkel ins stille Zimmer, dann muß eben die Kontrolle der Weltpolitik unterbrochen werden.

Heute nun, zu dieser Stunde, gehen meine wärmsten Grüße in diesen Saal zu Ihnen allen aus nah und fern und meine Empfindungen sind erfüllt von tiefem Dank für diese Ehrung. Ich bin aber mit der Frage noch nicht ganz fertig gewesen, ob mein hochbezahlter Geburtstag ein zureichender Grund zu einer solchen Feier sein kann. Hohes Alter ist kein persönliches Verdienst und nur selten ein ungetrübtes Glück. Bis jetzt dürfte ich es hinnehmen als ein Geschenk, für das ich dankbar bin. Dankbar bin ich auch den kleinen Bauernhaus, in dem ich aufgewachsen bin. Als junger Handwerksgehilfe lebte ich in einer Welt, die von der heutigen so verschieden ist, wie der Ochsenkarren von Flugzeug. Man wußte damals nichts vom 8-Stunden-Tag. Ferien waren für den Arbeiter ein fremder Begriff; es gab kein Tarifrecht, keinen Schutz gegen willkürliche Entlassung, vor allem aus politischen Gründen, aber es gab unbefristete Arbeitslosigkeit. Es gab auch keine besonderen Anstalten zur politischen Schulung und Fortbildung. Der Einzelne mußte sich nach langer Tagesarbeit die Literatur suchen, die ihm für die Weiterbildung nützte, und dann wurden die Nächte damit ausgefüllt.

Da war es dann die Vision von Sozialismus, die uns Junge gefangen nahm. Ein Reich der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit, hier lag der Weg des Keils. Und wenn in der Rückschau manches Illusionäre dazwischen gemischt war, so weiß ich heute: Uns Jungen gab damals der Glaube an diese bessere Welt die heilige Begeisterung und die harte Zähigkeit zu unentwegtem Lernen. Was haben wir nicht alles an Weltverbesserungsideen und Rezepten in nächtlichen Diskussionen durchgesprochen, zum Schluß ist stets geblieben das Bekenntnis zum demokratischen Staatsgedanken, der

damals bei allen bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der kleinen Schicht
48er Demokraten verpönt war. Hat nicht der deutsche Kaiser noch 1918,
kurz vor dem Zusammenbruch der Monarchie, bei einer Parade geprahlt:
"Wo meine Garde steht, kommt keine Demokratie hin." Und haben nicht al-
le Gegner der Demokratie ihm zugejubelt?!

Meine Partei - mein Schicksal - hat mich mein langes Leben hin-
durch den Weg der Demokratie geführt, den ich in allen Stürmen und Ge-
wittern nicht wieder verlassen habe. Stolz bin ich auf die großen Lei-
stungen der Partei im Verlauf eines Jahrhunderts. Sie hat im Kampf mit
den alten Gewalten das Fundament gelegt zu der staatlichen Ordnung, auf
den wir heute stehen. Sie war jederzeit die Triebkraft des politischen
und sozialen Aufstiegs unseres Volkes. Den ehemals so bescheidenen Le-
bensstandard der Massen hat sie stark zu heben vermocht. Heute bedarf
vielleicht mancher der Belehrung, daß wir das Schlaraffenland nie errei-
chen werden. Mich verdriest z.B. die Tatsache, daß es nicht die verläß-
lichsten Stützen der Demokratie waren oder sein werden, die in einer
Zeit des leichten Geldverdienens ungeahnt reich geworden sind. Ist die-
se Anhäufung des Reichtums politisch ganz harmlos?

Dankbar bin ich dem Landkreis Ludwigsburg. Als Bekundung ihres
fortschrittlichen Dankens hat mich die Mehrheit seiner Wähler vor 65
Jahren in den Landtag und vor 55 Jahren auch in den Reichstag gewählt.
In meinen vielen Abgeordnetenjahren konnte ich immer ihr Volksvertreter
sein. Herzliches Gedenken bewahre ich dabei all den verstorbenen treuen
Mitstreitern, einfachen Arbeitern zumeist, aber Idealisten mit schwie-
rigen Händen und bereit zu mancherlei Strapazen und Opfern.

Wer gepackt wird von der Politik, wer sie gar als Lebensberuf wählt
und die Aufgaben sieht, die sich täglich neu vor ihm aufstürmen, wird
bald erkennen, daß die Politik den ganzen Menschen fordert und überfor-
dert und auch dem Familienleben große Opfer abverlangt. Ich hatte das
seltene Glück, 67 Jahre lang eine Frau an der Seite zu haben, die in
den guten und in den bösen Zeiten meines politischen Wirkens vorbildlich
alle Opfer brachte, die eine Politikerversfrau nur bringen kann.

Es ist wohl das letzte Mal, daß meine alte Stimme in einer Versam-
lung hörbar ist. Welche Umwälzungen seit 70 Jahren, als ich ins politi-
sche Getriebe geriet! Die Welt hat ein anderes Gesicht bekommen und wan-
delt sich in Unruhe weiter. Ist es da ein Wunder, oder ist es nicht
vielmehr notwendig und eigentlich selbstverständlich, wenn auch meine
Partei andere Züge bekommt?

Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches haben wir uns abgerührt am
Aufbau eines demokratischen deutschen Staates. Dabei war das Wohl des
Volkes unser oberstes Gesetz. Am Ende gab es Hohn und Terror, Verfol-
gungen und Hinrichtungen und einen Zweiten Weltkrieg.

Nur wenige der Politiker von Weimar haben ihre späte Rechtferti-
gung erlebt. 1945 begann mit größerem Glück wieder ein Neuaufbau aus
den Trümmern einer frevelhaft falschen Politik, aber diesmal ohne er-
kennbare Feinde der Demokratie. Der technische Erfindergeist brachte
Staunenswertes, aber daneben droht auch die Atombombe und in vielen Wet-
terwinkeln der Weltpolitik sehen wir den Mißbrauch der Technik im Dienst
der Tyrannei in den verschiedensten ideologischen Verkleidungen. - Meine
sehr verehrten Damen und Herren! Ich will Sie nicht ermüden mit dem welt-
politischen Lagebericht eines alten Mannes. Was aber die Bundesrepublik
betrifft, so wissen wir nach grauenhafter Belehrung: Unser Staat kann
nur ein demokratischer, sozialer Staat sein. Er wird es sein, wenn bei
der kommenden Volksentscheidung die historisch verwurzelte, auf gewaltti-
gen Leistungsaufbau sich stürzende, auch in Staatskatastrophen bewährte
Partei der deutschen Sozialdemokratie, der ich stets zu dienen bereit
war, den Sieg davonträgt. Ich wünsche ihr einen vollen Erfolg.

Der moderne indische Nationalismus

Verlust des Glaubens an eine asiatische Solidarität

Von Anirudha Gupta

Politiker, Presse, Rundfunk und andere Massenmedien - sie alle fördern heute den Nationalismus in Indien. Die Luft ist so erfüllt mit nationalistischer Propaganda, daß selbst ein gelegentlicher Besucher es bemerken muß. Die Übereinstimmung in dieser Propaganda hat solche alarmierenden Formen angenommen, daß eine abweichende Stellungnahme gar nicht zählt. Als Beispiel für diesen sogenannten Patriotismus sei die Erklärung einer Gruppe von Buchhändlern erwähnt, die das Verbot des Buches "Freunde, nicht Herren", geschrieben vom pakistanischen Präsidenten Ayub Khan, verlangten, weil es unpatriotisch wäre, das Buch auch nur zu lesen. Diese Art des Nationalismus ist auch erkennbar in der weitverbreiteten Auffassung, daß diejenigen, die nicht voll und ganz Indien unterstützen, nicht seine Freunde sein können.

Wie ist es zu diesem Wechsel in der Haltung gekommen? Ein wesentlicher Grund ist der Zusammenbruch der Werte und Auffassungen, auf denen Indien einstmals seine Haltung zu den Weltproblemen baute. Für den verstorbenen Premierminister Nehru war der moralische Faktor in den internationalen Beziehungen die Grundlage, auf der er die Prinzipien der Freundschaft zwischen den Völkern und die Nichteinmischung in die internen Angelegenheiten anderer formulierte. Chinas Angriff auf die indischen Grenzen im Jahre 1962, gefolgt von zwei militärischen Zusammenstößen mit Pakistan, führten zu einem Schock und zerstörten den Glauben an diese Prinzipien. Seitdem neigte Indien dazu, in fast jeder Angelegenheit eine chinesisch-pakistanische Konspiration zu sehen, und die Politiker und die Presse schürten diese Neigung.

Nehru war sicherlich sehr schockiert über den Zusammenbruch seiner Vision einer asiatischen Solidarität. Als Nehru starb, hinterließ er eine Nation, die in der Tat ihren Glauben verloren hatte und auch keine Führungspersönlichkeit von Nehrus Größe besaß, die in der Lage gewesen wäre, die öffentliche Meinung maßvoll zu beeinflussen. Parallel zum Verlust der politischen Führung im Innern ging Indiens Prestige im Ausland verloren. Die Staatsmänner in der ganzen Welt pflegten Nehru Gehör zu schenken. Er konnte ebenso zwanglos an Truman wie an Stalin schreiben und sie zu einer Verständigung über Korea drängen; und wie immer auch die Briten oder Franzosen auf seine heftigen Reden zum Suez-Abenteuer reagiert haben mögen, sie zollten ihm weiterhin Respekt. Kurz, Nehru verschaffte Indien einen besonderen Platz auf internationalen Zusammenkünften, während heute verhältnismäßig wenige von den Äußerungen Indiens zur internationalen Politik Kenntnis nehmen.

Wenn es einem Politiker mißlang, sich ein an Nehru herankommendes Prestige aufzubauen, gab sich Indien auf anderen Gebieten den Anschein der Macht. Wahrscheinlich hätte sich der Nationalis-

mus in seiner jetzigen Art in Indien nicht so herausgebildet, wenn Indien imstande gewesen wäre, seine großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden. Die Wirtschaft kam jedoch schrittweise zum Stillstand, die Preise gingen in die Höhe, und im ganzen Land fehlte es an Nahrungsmitteln. Diese einer Hungersnot gleichkommende Situation zwang Indien dazu, Hilfe von allen Ländern anzunehmen, die sie geben konnten, auch von jenen Ländern, die Pakistan im Krieg gegen Indien unterstützt hätten. Die einzige Möglichkeit, diesen Zustand der Erniedrigung zu überwinden, bestand darin, die Instabilität des Landes zu ignorieren und ein wirklichkeitsfremdes Bild seiner Macht zu schaffen.

Diese Methode, d.h. die Wirklichkeit zu ignorieren, ist nicht unbekannt in Indien; sie trat bereits in den Anfängen der nationalistischen Bewegung in Indien zutage. Gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts, als man das Recht der Selbstregierung als angestammtes Recht forderte, mußten die Inder auf die Suche nach historischen Helden gehen. Dieser Blick in die heroische Vergangenheit ermutigte die indische Mittelklasse so, daß sie von ihren britischen Herren politische Rechte forderten. Auf diese Weise entstand um die Papierkeit Indiens in der Vergangenheit ein Mythos, der als Hintergrund des Auftretens eines extremen Nationalismus gesehen werden muß.

Der Aufstieg Gandhis hätte diesen aggressiven indischen Nationalismus umformen können, aber sein Glaube an esoterische anstatt an wissenschaftliche Dinge förderte bei seinen Nachfolgern die gleichgültige Einstellung gegenüber den Ansichten anderer Menschen. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet schien es in der Tat merkwürdig, daß ein Vernunft-Politiker wie Nehru nach dem Tode Gandhis das Schicksal des Landes in die Hand nehmen sollte. Denn die Ansicht Nehrus über die Welt und die Belange der Menschen anderer Völker wurde nicht von den nationalistischen Politikern geteilt. Auch Gandhi hatte die internationale Einstellung Nehrus nicht begriffen, denn er sagte zu ihr: "In den äußeren Dingen folge ich Ihnen." Dies war das Vermächtnis Gandhis, während Nehru dem indischen Volk die Welt erklärte, wenn es ihn auch selten verstand.

Der extreme Patriotismus in Indien kann nur auf diesen Hintergrund verstanden werden. Das indische Volk scheint die Führung derjenigen zu akzeptieren, die am lautstärksten verkünden, sie würden das Land verteidigen. Die Mitglieder der Regierung scheinen gleichzeitig mit verschiedenen Zungen zu reden, während sich die Führer der Opposition vereint haben mit dem Ziel, diese Situation auszunutzen. Politische Moral scheint eine seltene Erscheinung geworden zu sein, während das Überwechseln ins andere Lager und Bestechungen eine geläufige Erscheinung sind. Es ist nur verwunderlich, daß sich all diese Widersprüche und diese Konfusion in einem Rahmen entwickeln, in dem Vaterlandsliebe an höchster Stelle steht. Es hat den Anschein, als suche Indien wieder einmal nach neuen Helden und einem neuen nationalen Ethos, obgleich es paradox ist, daß sich gerade in dieser Suchen das Ausmaß der letzten Mißerfolge und Enttäuschungen widerspiegelt.

Entnommen aus "Weltweite Partnerschaft"